



Niederschrift

33. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 29.09.2022
Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: 19:33 Uhr
Ort, Raum: Plenarsaal, Stadtverwaltung Potsdam, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469
Potsdam

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Tiemo Reimann SPD

Ausschussmitglieder

Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Leon Troche	SPD	
Frau Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 16:41 Uhr
Herr Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Stefan Wollenberg	DIE LINKE	anwesend bis 17:45 Uhr
Herr Matthias Kaiser	CDU	
Frau Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	anwesend bis 19:30 Uhr
Frau Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Frau Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	
Herr Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr René Kulke DIE aNDERE

beratende Mitglieder

Herr Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Frau Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	anwesend bis 18:30 Uhr
Frau Katrin Hayn	Gesundheitsamt	

Beigeordnete

Frau Noosha Aubel Geschäftsbereichsleitung 2

Fach-/Bereichsleitende

Frau Annegret Lauffer	Fachbereichsleitung 23
Herr Robert Pfeiffer	Fachbereichsleitung 23

Nicht anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Annina Beck	DIE aNDERE	nicht entschuldigt
Frau Madeleine Floiger	Freie Demokraten	nicht entschuldigt
Frau Ute Parthum	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Frau Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	entschuldigt

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Uwe Rühling	DIE aNDERE	entschuldigt
------------------	------------	--------------

beratende Mitglieder

Frau Karina Berg	HVD Potsdam e.V.	entschuldigt
Herr Ron Bulgrin	Jugendvertreter	entschuldigt

Schriftführer/in:

Frau Eva Thäle

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
25.08.2022
- 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters
aus dem Kreisschülerrat
- 4 Informationen des Jugendamtes
 - 4.1 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam umsetzen
gem. 22/SVV/0007
 - 4.2 Aktueller Umsetzungsstand Integrationsschulsozialarbeit (ISSA)
 - 4.3 Aktueller Stand Kita-Gutachten
Institut für Public Management am Institut für Prozessoptimierung und
Informationstechnologien (Herr Wagner)
 - 4.4 Aktueller Sachstand einheitliche Elternbeitragsordnung
 - 4.5 Gremienstruktur
 - 4.6 Sprachkitas

- 4.7 Jugendförderplan
- 4.8 Information der Verwaltung zum Eckwertebeschluss bzw. der Strategieklausur zum Haushalt
- 4.9 Energiekrise und die ökonomischen Folgen für Hilfe zur Erziehung
- 4.10 Kündigung der Dienstvereinbarung zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport
- 4.11 Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen
- 5 Interessenbekundungsverfahren Bornstedter Feld
- 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022
Vorlage: 22/SVV/0710
Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion
- 9 Sonstiges
- 10 Trägerauswahl temporäre Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Bornstedter Feld
Vorlage: 22/SVV/0881
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.08.2022

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind **10 von 15** stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Er informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 8.1 „Arbeitsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022, 22/SVV/0710“ nach Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen werde. Weiterhin muss der Tagesordnungspunkt 4.1 „Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam umsetzen gem. 22/SVV/0007“ auf die Oktobersitzung zurückgestellt werden, da Frau Buhr kurzfristig verhindert ist. Der Tagesordnungspunkt 4.3 „Aktueller Stand Kita-Gutachten“ werde bis zur Novembersitzung zurückgestellt. Der Tagesordnungspunkt 4.5 „Gremienstruktur“ entfällt ebenfalls und wird zurückgestellt. Ergänzend werden folgende Tagesordnungspunkte aufgenommen: 4.8 „Information der Verwaltung zum Eckwertebeschluss bzw. der Strategieklausur zum Haushalt“, 4.9 „Energiekrise und die Folgen für Hilfe zur Erziehung“, 4.10 „Kündigung der Dienstvereinbarung zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport“, 4.11 „Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen“.

Zum Tagesordnungspunkt 5 „Interessenbekundungsverfahren Bornstedter Feld“ informiert Herr Reimann darüber, dass die Beschlussvorlage bereits in der aktuellen Sitzung (statt der Oktobersitzung) unter dem Tagesordnungspunkt 10 „Trägerauswahl temporäre Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Bornstedter Feld“ behandelt und votiert werden soll. Die Dringlichkeit wird begründet.

Die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages in die Tagesordnung wird einstimmig **angenommen**.

Er stellt die Änderungen der Tagesordnung zur Abstimmung. Diese werden ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

Zur Niederschrift vom 25.08.2022 informiert Herr Reimann darüber, dass diese noch nicht vorliege und nachgereicht werde. Eine Entscheidung gegen eventuelle Einwände findet in dieser Sitzung demnach nicht statt.

zu 3 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Es erfolgte keine Berichterstattung.

zu 4 Informationen des Jugendamtes

zu 4.1 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam umsetzen gem. 22/SVV/0007

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Oktobersitzung zurückgestellt.

zu 4.2 Aktueller Umsetzungsstand Integrationsschulsozialarbeit (ISSA)

Frau Lauffer informiert zum aktuellen Sachstand.

Zwei 0,8 VZÄ Stellen seien an der W.-F.-von Steuben Gesamtschule und der Grundschule am Humboldtring besetzt. Beide Schulen haben einen Anteil an Schüler*innen mit Migrationshintergrund von 50%. Haushaltstechnisch bedingt gingen die Zuwendungsbescheide an die Träger nur bis zum 31.12.2022 und dementsprechend die Arbeitsverträge. Die Stelle mobile Integrationsschulsozialarbeit (0,875 VZÄ; geplanter Träger Stiftung SPI), die ein Unterstützungssystem für alle Schulen mit Bedarfen darstellt, wurde nicht besetzt. Grund sei, dass die Besetzung für den 01.06.2022 geplant war, der Zuwendungsbescheid aufgrund abzuwartender Landesförderung erst zu Mitte Juni zugestellt werden konnte und damit eine Anstellung für nur ca. 4 Monate aufgrund einer neuen, erst zu etablierenden Arbeitsstruktur für die mobilen Stellen für 4 Monate fachlich und im Personaleinsatz nicht vertretbar war. Die Weiterfinanzierung der drei neuen Stellen wurde in der Haushaltsplanung für 2023/2024 angemeldet.

zu 4.3 Aktueller Stand Kita-Gutachten

Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Novembersitzung zurückgestellt.

Herr Pfeiffer erläutert, dass aufgrund zeitlicher Verzögerungen bei den zu führenden Interviews noch kein Ergebnis vorliege. Dies werde zeitnah durch den Gutachter erstellt und er sagt eine Berichterstattung in der Novembersitzung des Jugendhilfeausschusses zu.

zu 4.4 Aktueller Sachstand einheitliche Elternbeitragsordnung

Frau Aabel informiert zum aktuellen Sachstand anhand einer Präsentation (**Anlage 1**).

Herr Witzsche schließt an, dass man den eingeschlagenen Weg weiterhin aus Sicht des Vorstandes des Kita-Elternbeirates ablehne. Man könne das Abwälzen der Kosten für diesen politischen Auftrag auf die Eltern nicht gutheißen. An keiner Stelle sei vorgegeben worden, dass es den kommunalen Haushalt nicht mehr belasten dürfe. Dies sei lediglich aus der Verwaltung gekommen. Die neuen und zusätzlichen Belastungen, welche auf die Eltern übertragen würden, seien nicht tragbar. Es eine sie das Ziel, der Weg jedoch nicht. Herr Witzsche fragt, zu welchem Zeitpunkt die drei Träger, die aus der Tabelle ausgenommen seien, benannt würden.

Frau Aabel antwortet man wolle keinen „Kitatourismus“ betreiben und demnach die Träger voraussichtlich nicht namentlich nennen. Frau Frenkler ergänzt, dass sich diese sowieso jährlich ändern werden. Laut Frau Aabel wolle man aber transparent darstellen, wieviel Prozent der Kinder durch die günstigsten Träger betreut würden.

Die Haltung der Träger sei, nach Ausführungen von Frau Frenkler, dass der eingeschlagene Weg ein gangbarer sei, aber man nicht in Jubel ausbreche. Sie appelliert an die Politik weiter an einer Vereinheitlichung der Kita-Elternbeiträge in der Landeshauptstadt Potsdam zu arbeiten.

Auch Herr Reimann ergänzt, dass es sich um einen Kompromiss handle, mit dem nicht alle Seiten 100-prozentig zufrieden seien. Man müsse weiter an der Beitragsfreiheit in der Zukunft nachschärfen.

Herr Reimann stellt folgendes Mandat zur Abstimmung:

Der dem JHA am 29.09.2022 präsentierte Vorschlag mündet in einer Beschlussvorlage in der Stadtverordnetenversammlung am 09.11.2022.

Abstimmung:
mit Stimmenmehrheit **angenommen.**

zu 4.5 Gremienstruktur

Der Tagesordnungspunkt wird zurückgestellt.

zu 4.6 Sprachkitas

Frau Lauffer berichtet, dass nach Rücksprache mit der Referatsleitung 23 des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) das Land für das Jahr 2023 keine Mittel für Sprachförderprogramme eingeplant habe. Eine direkte, wenn auch nur teilweise Anschlussfinanzierung durch das Land werde aktuell verneint.

Somit könnten gewachsene Angebote der alltagsintegrierten, sprachlichen Bildung nicht mit den bestehenden Fachkräften professionell weiter begleitet und in der gleichen Qualität fortgeführt werden. Es bedeute den Wegfall der Sprachförderfachkräfte als Multiplikator*innen im Team und expliziter Ansprechpartner*innen zur Unterstützung der Elternarbeit zu den Themen sprachliche Bildung. Programmbegleitende Strukturen und regional/überregionale Vernetzungen, insbesondere über die Projektplattform Sprach-Kita, stünden nicht mehr zur Verfügung.

Alle Träger hätten sich dahingehend geäußert, vorhandene Sprachförderfachkräfte möglichst in ihr Team zu integrieren, um dem befürchteten Wissensverlust entgegenzuwirken. In den meisten Standorten scheint ein Übergang aufgrund des Fachkräftemangels möglich zu sein. Träger planen die Fachkräfte im Leitungsteam oder als Erzieher*innen mit stundenweiser Freistellung für die kompensatorische Sprachförderung einzusetzen. Es werde nach Settings gesucht, um ehemals Sprachförderfachkräfte für den Träger als Multiplikator*innen zu halten.

PAUSE 17:50 – 18:00 Uhr

zu 4.7 Jugendförderplan

Der Jugendförderplan befinde sich derzeit noch nicht im Geschäftsgang der Verwaltung. Gegenwärtig werde mit dem Geschäftsbereich Finanzen (GB 1) über einzelne Maßnahmen und deren haushälterische Wirkung verhandelt. Nach Konsens mit dem GB 1 sei der weitere Prozess wie folgt geplant: Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung am 09.11.2022, Votierung im

Jugendhilfeausschuss am 24.11.2022 und abschließende Beschlussfassung am 07.12.2022 in der Stadtverordnetenversammlung.

Frau Dr. Müller erfragt eine Übersicht der Maßnahme, welche aufgrund der Haushaltsrestriktionen nicht realisiert werden können. Herr Pfeiffer kündigt an, dass zu diesen Maßnahmen eine Übersicht erstellt werde, die dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung gestellt werden kann.

zu 4.8 Information der Verwaltung zum Eckwertebeschluss bzw. der Strategieklausur zum Haushalt

Frau Aibel berichtet, dass man in den letzten beiden Haushaltsklausuren der Verwaltungsspitze geschaut habe, wo man aktuell bezüglich der Herausforderungen in den Geschäftsbereichen und städtischen Unternehmen stehe. Vor dem Hintergrund der Energie- aber auch Gesamtinflationsgemengelage würden die Einnahmen zurückgehen und die Ausgaben steigen. Ziel sei es den Haushaltsansatz auf das Niveau der Mittelfristplanung herunter zu setzen. Man müsse in der Gesamtschau alle Maßnahmen bewerten und priorisieren. Additives werde voraussichtlich nicht möglich sein. Im nächsten Schritt würden die Geschäftsbereiche in den direkten Austausch mit dem Kämmerer gehen.

zu 4.9 Energiekrise und die ökonomischen Folgen für Hilfe zur Erziehung

In einer Videokonferenz habe man sich am vergangenen Dienstag zwischen Verwaltung und den stationären Hilfen zur Erziehung-Trägern ausgetauscht, wie sich aktuell die ökonomische Situation bei den Trägern darstelle und um gemeinsam Lösungen zu finden. Dabei seien vier wesentliche Punkte thematisiert worden: die Finanzierung der Lebensmittel, die Nebenkostenrichtlinie, Neuinvestitionen (zum Beispiel am Gebäude) und Sachkostenanteile für Energie und/oder Gas. Der Termin sei aus Sicht von Herrn Pfeiffer ein konstruktiver und von viel gegenseitigem Verständnis geprägt gewesen. Man werde zeitnah eine Folgeveranstaltung durchführen, um konkrete Lösungen zu vereinbaren.

Frau Krönes ergänzt, dass es um die 5,30 Euro pro Kind gehe, welche seit 6 Jahren nicht erhöht wurden. In Gruppen könne man die Beschaffung der Lebensmittel noch gewährleisten, aber Jugendliche, die in betreutem Einzelwohnen lebten, gehe das nicht. Die Träger würden in Eigenleistung zu zahlen. Im Allgemeinen müsse man zeitnah eine Lösung finden, wie die gestiegenen Kosten abgedeckt werden können.

zu 4.10 Kündigung der Dienstvereinbarung zur Rufbereitschaft im Fachbereich Bildung, Jugend und Sport

Seit dem 01.01.2022 bestehe die Dienstvereinbarung zur Rufbereitschaft zwischen dem Fachbereich und dem Personalrat. Diese Dienstvereinbarung sei am 23.09.2022 vom Personalrat gekündigt worden. In einem gemeinsamen Termin am 14. September 2022 habe man sich zwischen Dienststelle und Personalrat auf die Vorlage und einen gemeinsamen Diskurs der Evaluation der Rufbereitschaft am 28. September 2022 geeinigt. Ohne erneute Rücksprache sei

dann seitens des Personalrates die Kündigung erfolgt, welche zum Ende 2023 wirkt. Bis dahin ist die Dienstvereinbarung rechtsverbindlich und die Rufbereitschaft sichergestellt. Mit der Evaluation wollte man auch einen Maßnahmenplan für die Verbesserung der Arbeitsgrundlagen vorlegen, welcher unter anderem die weitere Digitalisierung, räumliche Ausstattung und die personelle Verstärkung der Regionalteams in der Kinder- und Jugendhilfe beinhalte. Man wolle zeitnah mit den betreffenden Stellen ins Gespräch gehen, um eine neue Dienstvereinbarung ab 2024 abzuschließen.

Es habe seit Beginn des Jahres bis zum 01.06.2022 126 Einsätze laut der Evaluation gegeben, wovon ein Großteil Telefonate gewesen seien. Der Personalrat kritisiere, dass die, mit Abschluss der Dienstvereinbarung, in Aussicht gestellte Entlastung der Kollegen nicht gelungen sei, sondern es zu chronischen Überlastungen der Kolleg*innen gekommen sei. Die Gründe der Überlastung seien multikausal, aber nicht nur auf die Rufbereitschaft zurückzuführen, erläutert Frau Aabel. Nichtsdestotrotz sei Selbstkritik angemessen. Es handle sich um ein Arbeitsfeld, dass viel Verantwortung und persönlichen Aufwand bedarf. Ihr Job sei es hierfür bestmögliche Bedingungen zu schaffen. Aus ihrer Sicht gebe es dazu keinen Dissens. Auch ihr würde es demnach schon länger am Herzen liegen, die Arbeitsbedingungen im Allgemeinen zu verbessern.

zu 4.11 Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen

Frau Aabel berichtet zum Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“. Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) habe im Bundeshaushalt 2022 das Programm neu aufgelegt. Insgesamt stünden dazu in den nächsten Jahren 476 Millionen Euro für neue Projekte zur Verfügung. Das Programm sehe vor, dass Sanierungen aus den entsprechenden Bereichen gefördert würden. Die Mindestanforderungen an die Förderkriterien seien sehr hoch. Nach erster Prüfung wären der Umbau bzw. die Erweiterung der Turnhalle der Theodor-Fontane-Oberschule (51) und die Sportschule „Friedrich Ludwig Jahn“ (55) förderfähig. Weiterhin seien auch die Mindestkriterien für die Sanierung der Stadtteilbibliothek Am Stern erfüllt und würde ebenfalls angemeldet. Hierfür sollen etatisierte Mittel zur ursprünglich geplanten Sanierung des Ribbeck Ecks genutzt werden. Nach erneuter Überprüfung der notwendigen Kosten für jene Sanierung durch den Kommunalen Immobilien Service (KIS), liege man mittlerweile bei mindestens 4,5 Millionen Euro statt den etatisierten 2,4 Millionen Euro. Vor dem Hintergrund der bereits erwähnten Haushaltsrestriktionen, könne dies aktuell nicht realisiert werden. Das Ribbeck Eck würde zudem nicht die Anforderungen der Förderfähigkeit des Bundesprogrammes erfüllen. Man sei mit dem Träger dazu ins Gespräch gegangen. Gemeinsam erklärtes Ziel sei nicht in die Veräußerung des Ribbeck Ecks gehen zu müssen.

1,3 Millionen Euro der etatisierten Mittel für das Ribbeck Eck sollen in die Sanierung der Stadtteilbibliothek Am Stern fließen, wenn man den Zuschlag bekomme. Insgesamt würden Kosten in Höhe von 2,6 Millionen Euro entstehen. Bis 30.09.2022 laufe das Interessenbekundungsverfahren, danach wähle der Bund die förderfähigen Projekte aus.

Mit den restlichen Mitteln vom Ribbeck Eck wolle man gemeinsam mit dem Träger und dem KIS prüfen, wie man einen guten Zustand erreichen könne. Ziel sei es für den Doppelhaushalt 2025/2026 eine Komplettsanierung hinzubekommen.

zu 5 Interessenbekundungsverfahren Bornstedter Feld

Der Tagesordnungspunkt 5 „Interessenbekundungsverfahren Bornstedter Feld“ wird unter dem Tagesordnungspunkt 10 „Trägerauswahl temporäre Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung Bornstedter Feld“ behandelt.

zu 6 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 22.09.2022.

Zu den Projekten und Konzepten der AG Strategie, Bildung und Jugendhilfe wurde berichtet, dass es die AG seit 2019 im Zuge der Strukturveränderung gebe. Darin seien alle konzeptionell-strategisch tätigen Kolleg*innen integriert worden. Mittlerweile seien auch operative Themen dazu gekommen. Zur Themenpalette gehöre die Ganztagschulentwicklung, Kinderschutz/ Frühe Hilfen, Digitalisierung in Schule, Digitalpakt in medienpädagogischer Umsetzung, Medienpädagogik in Jugendförderung, Fachverfahrenskordinatorinnen, Bildungsberatung, Bildungsmonitoring, Gremienbetreuung, Weiterbildungsladen, Jugendhilfeplanung, Koordination Schule Jugendhilfe, Jugendförderung (inkl. OKJA, SSA) und Familienberatung. Aktuelle Konzepte sei unter anderem der Jugendförderplan. Man wolle konkrete Handlungslinien herausarbeiten, dies sei jedoch schwer. Wie würden die Konzepte verknüpft? Oft werden Umwege gemacht und immer wieder neue Schleifen gegangen, auch weil man nicht transparent genug gewesen sei (zum Beispiel Jugendhilfeausschuss) und nicht rechtzeitig beteiligt habe (freie Träger). Man frage sich, wie sich die Konzeptentwicklungen und die Arbeit des Unterausschusses Jugendhilfeplanung verzahnen lassen würden. Man frage sich welche Rolle die Organisationsuntersuchung des Fachbereiches bei all dem spiele. Eine klassische Organisationsaufbau- und –Ablaufuntersuchung stehe noch an. Man habe den Eindruck, dass die Stadtverwaltung noch kein (inzwischen pflichtiges) Personalbemessungssystem entwickelt und angewandt habe. Der Unterausschuss wollte sich weiter beschäftigen mit Konzepten, Steuerungsfunktionen, Vernetzung und Schnittstellen zu Gremien, Unterstützungsbedarfen und Fehlstellen und den verantwortlichen der AG der Verwaltung noch einmal einladen.

Im Rückblick auf den Jugendhilfeausschuss am 25.08.2022 werde zunehmen seitens der Stadtverordneten wahrgenommen, dass trotz Beschlüssen der Verwaltung signalisiert werde, dass eine Umsetzung nicht möglich sei. Man appelliere jedoch daran, dass man im Jugendhilfeausschuss die Information möchte, wie etwas wann umgesetzt werden könne, wenn auch nur schrittweise.

Zum Thema Freiräume für Jugendliche werde man im kommenden Jugendhilfeausschuss sich erneut für den Prüfauftrag aussprechen. Dies erfolgt durch Herrn Ströber im Namen des Unterausschusses. Wunsch sei weiterhin ein strukturiertes Abarbeiten von Beschlüssen sowie das Nachverfolgen dieser. Man wolle klären, wie man mit negativen Bescheiden umgehe.

Bezüglich der Gremienstruktur bat der Jugendhilfeausschuss nach der Vorstellung in der letzten Sitzung um Konkretisierung der Arbeit der Gremien sowie um Themenzuordnungsklarheiten und Kommunikationswege untereinander. Man habe sich mit Kriterien für die Themenbearbeitung, eine Problem-Ablauf-Übersicht sowie dem Geschäftsordnungsentwurf beschäftigt. Der Unterausschuss werde die Vorsitzenden der noch bestehenden Regional-Arbeitsgemeinschaften und der Facharbeitsgemeinschaften über den aktuellen Erarbeitungsstand informieren. Weiterhin werde man bei den Facharbeitsgemeinschaften die aktuellen planungsrelevanten Themen abfragen. Der Unterausschuss werde gemeinsam mit der Verwaltung die Arbeitsergebnisse vervollständigen. Ein Beschluss der neuen Gremienstruktur werde für die November Sitzung des Jugendhilfeausschusses angestrebt.

Mit Blick auf den Jugendhilfeausschuss am 29.09.2022 werde eine Information der Beigeordneten zum Sachstand der Haushaltsplanung gewünscht. Es gehe dabei auch um die aktuelle Diskussion rund um die Haushaltslage im Kontext der abgelehnten Bedarfsanmeldungen.

Im nächsten Unterausschuss werde man sich mit der Etablierung der Regionalen Jugendhilfenetzwerke sowie den Konzepten und Projektes des Fachbereiches beschäftigen.

Herr Reimann ergänzt zu den Prüfaufträgen, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung nicht mit dem Ergebnis aus dem Jugendhilfeausschuss am 25.08.2022 zur Drucksache 22/SVV/0201“ „Aufenthaltsqualität an hoch frequentierten Orten in Potsdam für junge Menschen verbessern“ zufrieden sei. Er werde sich informieren, auf welchem Weg der Prüfauftrag erneut geprüft und bearbeitet werde.

Für die Zukunft habe man im Unterausschuss Jugendhilfeplanung besprochen, dass man eine klare Zielstellung formulieren müsse, wenn man Prüfaufträge, welche nicht direkt umsetzbar seien, an die Verwaltung zurück gebe/ an den Oberbürgermeister zurücküberweise.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet zu den Sitzungen am 20.09.2022 und am 27.09.2022 (**Anlage 2**).

AG HzE

Frau Krönes berichtet zur Sitzung am 06.09.2022 (**Anlage 3**).

AG JuFö

Frau Tietz bittet im Namen der AG darum, im nächsten Jugendhilfeausschuss zum aktuellen Stand der Überarbeitung der Förderrichtlinien zu berichten. Weiterhin bittet man um Aufnahme der Haltung der Verwaltung ins Protokoll, wie sich die Verwaltung zu den steigenden Energiekosten gegenüber den Trägern verhalten werde. Zu ihrer Frage bezüglich der Personalkostenförderung antwortet Herr Pfeiffer, dass man diesbezüglich momentan mit dem Geschäftsbereich Finanzen verhandelt und zunächst im Fachbereich 23 Gewissheit brauche, welchen finanziellen Mitteln im Jahr 2023 zur Verfügung stehen. Je Träger müsse man dann individuell agieren.

Reg AG 1

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 2

Die AG hat nicht getagt.

Reg AG 3

Die AG hat nicht getagt.

zu 7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Das System Kita sei laut dem Kita-Elternbeirat bundesweit am Limit. Auch in Potsdam gehe das Personal „auf dem Zahnfleisch“, eine Kita musste zeitweise für mehrere Tage schließen. Das treffe Familien, Kinder, Pädagogen, etc. Herr Witzsche appelliert gemeinsam ins Handeln zu kommen und nach langfristigen Lösungen zu suchen.

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022

Vorlage: 22/SVV/0710

Einreicher: Oberbürgermeister, Fachbereich Soziales und Inklusion

Frau Kitzmann, Fachbereichsleiterin Fachbereich Soziales und Inklusion, stellt den Armutsbericht anhand einer Präsentation vor (**Anlage 4**).

In Zukunft werde man mit dem Fachbereich Bildung, Jugend und Sport auch zu diesem Thema kooperieren, um gemeinsam Maßnahmen aus dem Armutsbericht und dem Maßnahmen- und Förderplan Chancengerechtigkeit für 2021-2022 anzugehen. Man werde aber auch mit anderen Fachbereichen zusammenarbeiten.

Der Jugendhilfeausschuss nimmt zur Kenntnis:

den „Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022“ gemäß Anlage.

Auf Grundlage des Beschlusses 19/SVV/0751 „Armutsbericht Potsdam“, hat die

Verwaltung die Leistung zur Erstellung des Potsdamer Armutsbericht ausgeschrieben. Den Zuschlag erhielt das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG). Das ISG hat in der Folge den Armutsbericht für die Landeshauptstadt Potsdam 2022 erarbeitet.

Der Armutsbericht umfasst eine Übersicht über alle vorhandenen Statistiken, um eine verlässliche Datenlage über die Armut in der Landeshauptstadt Potsdam zu erhalten. In Folge dessen sind spezifische Bedarfe klarer zu erkennen und Hilfen wirksamer implementierbar.

Das ISG geht in dem Bericht von einem mehrdimensionalen Lebenslagenansatz aus, in dessen Rahmen prekäre Lebensverhältnisse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen analysiert werden können. Dementsprechend soll nach einer Betrachtung der bekämpften Armut, der relativen Armut und der unsichtbaren Armut die Armut in den unterschiedlichen Lebenslagen (Bildung, Arbeit/Erwerbslosigkeit, Gesundheit, Soziale Teilhabe, Wohnen) betrachtet werden.

Der Armutsbericht richtet sich insbesondere an die Mitarbeitenden und Führungskräfte der Stadtverwaltung, an die Stadtverordneten, an die Mitglieder des Ausschusses für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion, an die in der Landeshauptstadt Potsdam aktiven Träger der Freien Wohlfahrtspflege sowie an interessierte Bürgerinnen und Bürger der Landeshauptstadt Potsdam.

Nach Kenntnisnahme der Stadtverordnetenversammlung soll auf Grundlage des Armutsberichts mit Hilfe des Fördervorhabens ESF + Fördervorhaben „Stark vor Ort: Soziale Integration von armutsbedrohten Kindern und Familien“ in den Jahren 2023 bis 2025 ein Maßnahmenplan inkl. Beschreibung finanzieller Auswirkungen erstellt und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung gebracht werden.

Die Drucksache wird **zur Kenntnis genommen**.

zu 9 Sonstiges

Es gab keine Anmerkungen.

**zu 10 Trägerauswahl temporäre Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung
Bornstedter Feld
Vorlage: 22/SVV/0881**

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Frau Aubel bringt die Beschlussvorlage ein. Diese liegt den Mitgliedern als Tischvorlage vor.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss beschließt:

- 1. Im Ergebnis der Interessenbekundungsprüfungen wird die temporäre**

Kinder- und Jugendfreizeit-einrichtung Bornstedter Feld in die Trägerschaft der Zeltpunkt Montelino gGmbH überführt

- 2. Auf der Grundlage der Interessenbekundung ist der Betrieb der Einrichtung bis spätestens zum 01.01.2023 aufzunehmen.**
- 3. Die Verwaltung und die ProPotsdam GmbH werden beauftragt, mit der Zeltpunkt Montelino gGmbH bis zum 31.12.2022 alle hierfür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, d.h. insbesondere eine Leistungs- und Qualitätsentwicklungsvereinbarung und einen Mietvertrag abzuschließen.**

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.